

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Integrationsrates am 20.09.2022
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	3
1 Einwohnerfragestunde	3
2 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0573/2022	3
3 Ungleichbehandlung zwischen Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Herkunftsländern	4
4 Aktueller Stand Rundgang zu 1700 Jahre jüdisches Leben	4
5 Termin der nächsten Sitzung: 6. Dezember 2022	4
6 Verschiedenes	5

Sitzungsort: Neusser Feldweg 4, 40670 Meerbusch, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:26 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Marc Möhr

Integrationsrat

Mitglieder

Herr Hans Günter Focken

Ratsmitglied

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

Frau Ulrike Boldt

Ratsmitglied

Herr Dario Dammer

Ratsmitglied

Herr Guido Fliege

Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising

Ratsmitglied

Frau Najiba Koochi-Richtmann

Integrationsrat

Herr Joris Mocka

Ratsmitglied

Frau Sarah Winter

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker

Vertreter der Stadt

Schriftführerin

Frau Stefanie Mertens

es fehlen:

Mitglieder

Herr Noah Mihan-Nejad

Sachkundiger Bürger

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz

Erster Beigeordneter

stellv. Schriftführerin

Frau Anja Flintrop

Fachbereich 2

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Herr Möhr begrüßt die Anwesenden sowie einen Bürger und einen Vertreter der Presse. Es gibt keine Fragen zur Einwohnerfragestunde.

2 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB2/0573/2022

Herr Annacker informiert die Anwesenden über die aktuelle Situation. Noch immer sind ca. 500 ukrainische Flüchtlinge in Meerbusch in privaten Haushalten untergebracht. Etwa 80 Personen konnten in den Flüchtlingsunterkünften, insbesondere in der renovierten ehemaligen Kindertageseinrichtung „Sonnengarten“ eine neue Bleibe finden.

Am vergangenen Donnerstag wurden die Turnhallen, die weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete aus der Ukraine bieten sollen, begutachtet. Herr Annacker sagt, dass eine Belegung der vorgesehenen Turnhallen zeitnah möglich ist. Da die Stadt Meerbusch aktuell unter der Erfüllungsquote liegt, werden weitere Flüchtlinge aus allen Herkunftsländern aus den Landesaufnahmeeinrichtungen zugewiesen.

Eine Nachfrage von Herrn Fliege, ob es aus den privaten Unterkünften für ukrainische Flüchtlinge Rückmeldungen gibt, kann positiv beantwortet werden. Viele ukrainische Flüchtlinge sind teilweise bereits seit März dieses Jahres in privaten Haushalten aufgenommen worden und dürfen sich weiterhin dort aufhalten. Die Hilfsbereitschaft in der Meerbuscher Bevölkerung ist noch immer enorm.

Seit Anfang September wurde das Konstrukt der Wohnsitzauflage für ukrainische Flüchtlinge aufgehoben, so dass die Menschen die Möglichkeit haben, sich im gesamten Bundesgebiet frei zu bewegen und auch einen besseren und erweiterten Zugang zum Wohnungsmarkt zu bekommen.

Weiterhin wird berichtet, dass die Anzahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA) wieder steigt, da auch hier die reguläre Verteilung wieder greift. Wegen fehlender Kapazitäten und der schwierigen Infrastruktur in diesem Bereich gibt es bereits Gespräche mit den Trägern, mit denen die Stadt hier zusammenarbeitet sowie geplante Gespräche mit Vertretern vom Landesjugendamt.

Herr Dammer fragt, ob weitere Angebote für die Integration ukrainischer Flüchtlinge geplant sind und ob im Haushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Herr Annacker antwortet, dass die ukrainischen Flüchtlinge durch den Rechtskreiswechsel ins SGB II und den schnellen Erhalt eines befristeten Aufenthaltes bereits viele Vorteile gegenüber Geflüchteten aus anderen Herkunftsländern genießen. Durch die Unterbringung in privaten Haushalten erfahren die ukrainischen Flüchtlinge die bestmögliche Integration in den Familien.

Herr Focken fragt nach dem aktuellen Sachstand zur Einrichtung neuer Brückenprojekte, die für die ukrainischen Flüchtlinge geplant waren. Herr Annacker stellt klar, dass Brückenprojekte möglich sind, wenn es einen konkreten Bedarf gibt. Er erklärt auch, dass ursprünglich eine Belegung mit Frauen

und Kindern im Sonnengarten vorgesehen war, jedoch auch wegen fehlender Alternativen nicht umgesetzt werden konnte. Eine weitere Frage nach der Finanzierung der neuen Unterbringungsmöglichkeiten (Turnhallen und Sonnengarten) wird von Herrn Annacker wie folgt erläutert. Die Finanzierung wird teilweise aus Bundes- und Landesmitteln finanziert. Zudem wird momentan eine neue Gebührensatzung ausgearbeitet. Wie in den anderen Flüchtlingsunterkünften wird eine Benutzungsgebühr erhoben, die wie andere Bedarfe der Unterkunft (z.B. Miete) von den zuständigen Leistungsträgern finanziert wird.

Frau Winter fragt, wie gut ukrainische Kinder und Jugendliche in der Schule bzw. in der Kindertageseinrichtung ankommen und ob es hier noch Bedarfe gibt, um finanzielle Mittel in den Haushalt einzubringen. Herr Annacker berichtet, dass es noch immer zu wenig Plätze in Kindertageseinrichtungen gibt, insbesondere in den Stadtteilen Osterath und Lank-Latum. In diesem Zusammenhang fragt Herr Behlen nach zusätzlichem Personal, da bekannt ist, dass die Kindertageseinrichtung „Rheinrüber“ noch drei weitere Gruppen einrichten könnte. Dies scheitert momentan daran, dass bisher kein Personal gefunden werden konnte.

3 Ungleichbehandlung zwischen Flüchtlingen aus der Ukraine und anderen Herkunftsländern

Herr Möhr berichtet darüber, dass in den monatlichen Sprechstunden im Pappkarton häufig darüber gesprochen wird, dass ukrainische Flüchtlinge bessere Möglichkeiten bekommen als Geflüchtete aus anderen Herkunftsländern. Herr Annacker betont, dass alle Geflüchteten von den Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung gleichbehandelt werden. Gerade bei Spenden, die eigentlich nur für ukrainische Flüchtlinge gedacht waren, konnte entsprechend eingewirkt werden, damit Sachspenden wie Kleidung, Spielzeug oder andere Gebrauchsgegenstände für alle Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wird. Auch Herr Focken bringt ein, dass es unter Geflüchteten keine 2-Klassen-Gesellschaft geben darf. Auf Nachfrage hin wird nochmal erläutert, dass die Hilfsangebote zu Integrationsthemen wie z.B. Wohnungssuche allen Geflüchteten zur Verfügung stehen.

4 Aktueller Stand Rundgang zu 1700 Jahre jüdisches Leben

Die geplanten Rundgänge zu 1700 Jahre Jüdisches Leben in Deutschland sind weiterhin in der Planung. Herr Kunze ist dabei, die verschiedenen Objekte und Anlaufstellen zusammenzustellen. Eine Tour zu markanten Plätzen mit entsprechenden Erläuterungen ist nach einem Vorlauf von 14 Tagen möglich.

Herr Behlen regt an, vielleicht im terminlichen Zusammenhang mit der Reichspogromnacht die ersten Rundgänge anzubieten und zu bewerben.

5 Termin der nächsten Sitzung: 6. Dezember 2022

Die nächste Sitzung wird am 06. Dezember stattfinden.

6 Verschiedenes

Herr Möhr weist auf die diesjährige Interkulturelle Woche (IKW) hin. In Meerbusch wird turnusmäßig in den ungeraden Jahren, also erst wieder im Jahr 2023 eine IKW geplant. Er schlägt trotzdem eine Pressemitteilung vor, die bestenfalls mit dem Tag des Flüchtlings (immer freitags in der IKW, initiiert seit 1986 von Pro Asyl) verbunden werden kann. Herr Focken schlägt vor, den Link zur Bundesinitiative der IKW auch zu nennen.

Eine Information aus dem Landesintegrationsrat wird von Herrn Möhr weitergegeben. Dort ist in Planung die Integrationsräte mit einem Bild vorzustellen. Aus dem Gremium gibt es keine Einwände. Herr Focken schlägt vor, dass der Integrationsrat beantragt, 2.000 € in den Haushalt einzustellen, um einen jährlichen Integrationspreis zu verleihen. Hier könnten beispielsweise Projekte aus dem Bereich Migration und Integration an Schulklassen, Vereine und weitere Initiativen ausgezeichnet werden. Herr Annacker entgegnet, dass bereits eine Summe in Höhe von 5.000 € regelmäßig im Haushalt vorhanden sind, um derartige Projekte zu unterstützen und zu würdigen. Weiterhin könnte die Formulierung zur Zweckbindung geändert werden, so dass auch der Integrationsrat Vorschläge einbringen könnte.

Frau Winter regt an, dass die nächsten Sitzungen – wie einmal besprochen – wieder an Orten stattfinden soll, an denen Geflüchtete und Ausländer zusammenkommen. Hier wurde zum Beispiel der Pappkarton genannt. Das Städt. Meerbusch-Gymnasium nimmt am Projekt „Schule ohne Rassismus“ teil. Dies sollte auch im Integrationsrat aufgegriffen werden.

Herr Focken erkundigt sich, wie das Thema Energiesparen in den Flüchtlingsunterkünften angegangen bzw. umgesetzt wird. Herr Annacker erläutert, dass es hier nur wenige Möglichkeiten gibt, auf die Bewohner/innen einzuwirken und sie für dieses Thema zu sensibilisieren.

Herr Annacker führt weiter aus, dass die Stelle eines / einer Sozialarbeiters/in für den Personenkreis der Geflüchteten und der Obdachlosen in den Stellenplan aufgenommen wird.

Meerbusch, den 23. September 2022

Marc Möhr
Vorsitzender

Stefanie Mertens
Schriftführer/in

